



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

Pressekontakt:
Jens Christian Kage
Pressesprecher

Jens.C.Kage@bfw-bund.de
www.bfw-bund.de
www.bfw-newsroom.de

Twitter: @BFWBund

BFW-PRESSEMITTEILUNG

Entlastungspaket Energie 2023 für finanziell überforderte Haushalte muss Härten abfedern

Berlin, 12.07.2022. Der BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen warnt vor der schwierigen Situation für Mieter und Vermieter bei gestiegenen Energiekosten in der kommenden Heizperiode. „Mieter und Vermieter jetzt mit den Kosten allein zu lassen, kann keine Option für die Bundesregierung sein. Wir brauchen ein Entlastungspaket Energie 2023“, erklärte BFW-Präsident Dirk Salewski in Berlin.

„Die Kostenspirale bei der Versorgung mit Heizwärme und Warmwasser müssen wir abbremsen. Der energiebedingte Anstieg der Mietnebenkosten darf weder dazu führen, dass sozial schwächere Mieterinnen und Mieter ihre Wohnung verlieren, noch dürfen die Vermieter mit der Mehrbelastung allein gelassen werden. Ein staatliches „Entlastungspaket Energie“ kann die nötige Absicherung bieten für Mieter, Vermieter und Eigenheimbesitzer, die nun in finanzielle Schieflage geraten. Viele Familien haben die Grenzen ihrer finanziellen Belastbarkeit bereits jetzt erreicht. Dringend gebotene staatliche Hilfe muss kommende Härten abfedern“, forderte Salewski.

„Klar ist: Die Preise werden weiter steigen, wenn die Temperaturen fallen. Wir alle werden Energie einsparen müssen, wo es möglich ist. Vermieter prüfen und optimieren ihre Heizungsanlagen. Auch Mieter müssen beim Verbrauch Energie sparen. Bereits ein Grad weniger Raumtemperatur spart bis zu sechs Prozent Energie ein. Wichtig ist jetzt vorausschauendes Handeln: Mieter und Vermieter können sich auf höhere Vorauszahlungen einigen. Um im kommenden Jahr nicht mit hohen Nachzahlungen überfordert zu werden, lassen sich die Vorauszahlungen entsprechend anpassen“, so Dirk Salewski.

„Die CO₂-Kosten müssen als Kostentreiber komplett abgeschafft werden. Die aktuelle Marktlage hat die Energiepreise so hochsteigen lassen, dass diese zusätzliche Lenkungswirkung nicht zu rechtfertigen ist. Diese finanzielle Belastung überfordert die ohnehin angespannte Lage der Haushalte unnötig“, sagte Salewski.

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerboneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.